

Briefing:

Zehn Empfehlungen für einen nachhaltigeren Rohstoffhandel

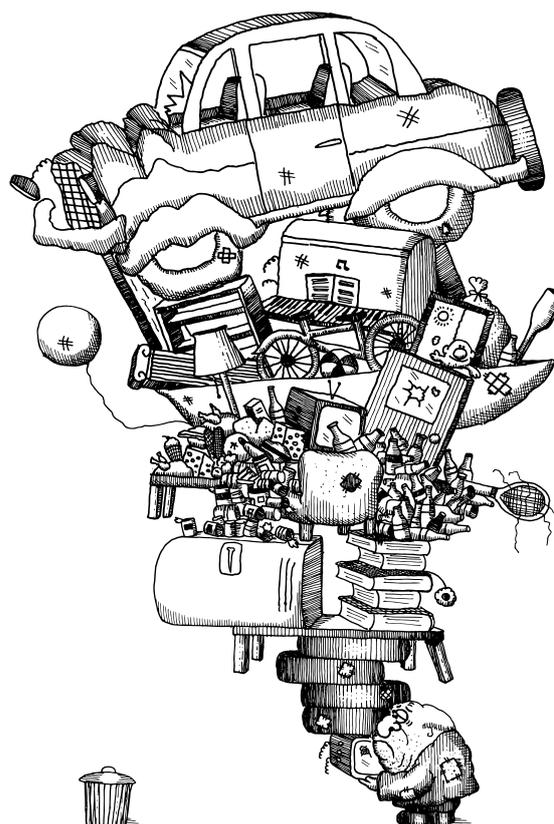
Herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl in den 21. Deutschen Bundestag!

Mit Ihrem Mandat übernehmen Sie eine verantwortungsvolle Rolle in der Gestaltung der politischen Zukunft unseres Landes. Als Umwelt- und Menschenrechtsorganisation arbeitet PowerShift seit vielen Jahren zu Fragen einer nachhaltigen, gerechten und resilienten Rohstoffversorgung. Daher möchten wir Ihnen zu Ihrem Start einige Anregungen in Richtung einer Rohstoffwende geben.

Derzeit ist der globale Rohstoffhandel von einem wachsenden Verbrauch metallischer Rohstoffe geprägt. Doch Abbau und Weiterverarbeitung dieser Rohstoffe tragen massiv zur Zerstörung unserer Lebensgrundlagen bei: Mehr als zehn Prozent der globalen CO₂-Emissionen sind direkt auf diesen Sektor zurückzuführen. Aktuelle Maßnahmen, wie die deutsche Rohstoffstrategie oder das EU-Gesetz zu kritischen Rohstoffen (CRMA), inklusive gesonderter Handels- und strategischer Partnerschaftsabkommen, zielen vor allem auf die Versorgungssicherheit Deutschlands und Europas. Doch wirklich wirkungsvoll war diese Priorisierung in den letzten zwei Jahrzehnten nicht. Stattdessen sollte der globale Rohstoffhandel so gestaltet werden, dass er zu einer resilienten und nachhaltigen Wirtschaftsweise beiträgt – sowohl in Deutschland als auch weltweit, innerhalb planetarer Grenzen bleibt, die Rechte aller Menschen wahrt und das Klima sowie die Umwelt schützt.

Deutschland trägt hier eine besondere Verantwortung – als bedeutender Rohstoffimporteur und Impulsgeber für politische Initiativen auf EU-Ebene.

Wir bitten Sie daher, sich in der kommenden Legislaturperiode für folgende Maßnahmen einzusetzen →



Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz fördern

1 Primärrohstoffverbrauch reduzieren

Die aktuelle Rohstoffpolitik setzt zu stark auf die Ausweitung des Bergbaus innerhalb und außerhalb der EU, anstatt den Rohstoffverbrauch zu reduzieren. Dabei betont der Critical Raw Materials Act (CRMA) die Bedeutung der Ressourcenschonung, konzentriert sich jedoch vor allem auf Strategische Projekte zur Förderung von Bergbau, die ökologische und soziale Risiken verschärfen. Eine gerechte Rohstoffpolitik sollte klare Maßnahmen zur Reduktion des Primärrohstoffverbrauchs festlegen, diese als ökonomischen Innovationsschub verstehen und die Förderung von Sekundärrohstoffen, Ressourceneffizienz und langlebigen Produktdesigns priorisieren.

2 Kreislaufwirtschaft ausbauen

Der Ausbau der Kreislaufwirtschaft ist ein wichtiger Schlüssel, um den Primärrohstoffverbrauch zu reduzieren. Deshalb sollte er eine zentrale Priorität bei der Vergabe von Strategischen Projekten (im Rahmen des CRMA und der deutschen Rohstoffstrategie) haben. Dies umfasst insbesondere die Förderung von Initiativen, die kritische Rohstoffe aus mineralischen Abfällen oder aus alten Halden zurückgewinnen. Gleichzeitig müssen langfristige Maßnahmen ergriffen werden (etwa beim Produktdesign, Reparatur oder Recycling), um die Nutzung von Materialien deutlich zu steigern. Eine ambitionierte Kreislaufwirtschaft trägt nicht nur zur Ressourcenschonung bei, sondern mindert auch Umweltbelastungen und reduziert die Importabhängigkeiten von geopolitischen Rivalen.

2

Menschenrechte und ökologische Standards sichern

3 EU-Lieferkettengesetz ambitioniert umsetzen

Das EU-Lieferkettengesetz (CSDDD) sollte mit höchsten Ansprüchen an Menschenrechts-, Umwelt- und Klimaschutz in deutsches Recht überführt werden. Das CSDDD hilft den Unternehmen, Verständnis für ihre Lieferketten zu gewinnen. Erfahrungen mit der Konfliktmineralienverordnung zeigen, dass Unternehmen, die ihrer Sorgfaltspflicht nachkommen, resilienter auf Krisen reagieren können. Gleichzeitig hilft eine ambitionierte Umsetzung des Gesetzes, menschenrechtliche und ökologische Risiken wirksam zu minimieren und globale Lieferketten nachhaltiger zu gestalten. Dies ist ein Wettbewerbsvorteil gegenüber Staaten, die auf diese Standards nicht achten.

4 Höchste Standards im Bergbau durchsetzen

Aufgrund der hohen menschenrechtlichen und ökologischen Risiken von Bergbauprojekten müssen bei Strategischen Projekten höchste Standards eingehalten werden. Dazu zählen zum Beispiel die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), Indigene Rechte (UNDRIP, ILO 169) sowie umfangreiche menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflichten für geförderte Unternehmen. In Zeiten, in denen Fake News verbreitet werden und Demokratie abgebaut wird, sollten alle Prozesse (sei es die Auswahl, Genehmigung oder der Entzug der Strategischen Projekte) transparent ablaufen und die lokale Bevölkerung einbezogen werden.

Globale Gerechtigkeit in Handelsbeziehungen sicherstellen

5 Handelsabkommen grundlegend neu ausrichten

Handelsabkommen, die den Entscheidungsspielraum rohstoffreicher Länder (im globalen Süden) einschränken und individuellen Gewinninteressen europäischer Konzerne Vorrang vor Umwelt-, Klima-, und Menschenrechtsschutz geben, dürfen nicht ratifiziert werden. Die Bestimmungen zu Nachhaltigkeit in Handelsabkommen, wie dem mit den vier südamerikanischen Mercosur-Staaten, Indonesien, Mexiko und anderen rohstoffreichen Ländern, die die EU-Kommission möglichst bald unterzeichnen möchte, sind vage formuliert und nicht effektiv durchsetzbar. Zudem widersprechen diese Abkommen den Zielen zu nachhaltiger Entwicklung und Klimaschutz der EU.

6 Gerechte Partnerschaftsabkommen entwickeln

Für eine tatsächliche Partnerschaft auf Augenhöhe, braucht es andere Abkommen. Diese müssen sich an den tatsächlichen Bedarfen der rohstoffreichen Länder ausrichten, Wertschöpfung in diesen Ländern fördern, Wissens- und Technologietransfer ermöglichen und politischen Handlungsspielraum wahren. Dazu gehört auch, dass rohstoffreiche Länder die Möglichkeit haben müssen, Exportbeschränkungen, Exportsteuern und Abgaben auf Mineralien zu erheben, um lokale Produktion und Produzent*innen zu fördern, Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen und eine aktive Industriepolitik zu betreiben. Aktuelle strategische Partnerschaftsabkommen sowie Projekte im Rahmen der Global Gateway-Strategie sind nach wie vor zu einseitig auf die Bedarfe europäischer Länder und ihrer Unternehmen fokussiert, wodurch sie zu scheitern drohen. Die neue Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass Länder des globalen Südens bei der Aushandlung von Partnerschaftsabkommen vom Beifahrer in den Fahrersitz wechseln. Nur so kann die Schiefelage im internationalen Rohstoffhandel behoben werden.

7 Sonderklagerechte für Unternehmen abschaffen

EU-Handelsabkommen, wie jene mit Chile und Mexiko, aber auch die über hundert bilateralen Investitionsschutzverträge Deutschlands ermöglichen es Investoren, Länder vor exklusiven Schiedsgerichten zu verklagen. Dieser als Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) bekannte Mechanismus hat bis Ende 2023 weltweit zu über 1.300 Klagen geführt – viele davon im Bergbausektor und gegen Länder des globalen Südens. Diese Sonderklagerechte müssen abgeschafft werden. Investitionsabkommen, die diese beinhalten, sollten nicht ratifiziert werden. Diese kosten Staaten im Schnitt mehr als eine Viertelmillion US-Dollar, tragen zu deren Verschuldung bei und schränken die finanziellen Mittel ein, die für Klimaschutzmaßnahmen oder zur Umsetzung von hohen Umwelt- und Menschenrechtsstandards beim Abbau von Rohstoffen zur Verfügung stehen.

Transparenz und Verantwortung stärken

8 Transparenz im Rohstoffhandel fördern

Rohstoffhändler spielen eine große Rolle für die Rohstoffversorgung. Gleichzeitig ist der Rohstoffhandel von Intransparenz geprägt, die menschenrechtliche Verstöße und Umweltzerstörung begünstigt. Die Bundesregierung sollte sich auf EU- und internationaler Ebene für verbindliche Transparenz- und Sorgfaltspflichten für Rohstoffhändler einsetzen. Dazu gehören die Offenlegungspflichtige Dokumentation von Herkunftsquellen und Rohstoffabnehmern.

9 Verantwortungsvolle Finanzierungspraktiken etablieren

Durch Direktkredite und Vorfinanzierungen sind Rohstoffhändler maßgeblich an neuen Bergbauvorhaben beteiligt. Die Bundesregierung sollte sich deshalb dafür einsetzen, dass sie bei der Kreditvergabe verbindlich zur Einhaltung menschenrechtlicher, sozialer und ökologischer Standards verpflichtet werden. Dasselbe gilt für staatliche Finanzgarantien wie Ungebundene

Finanzkreditgarantien (UFK), die in der Vergangenheit auch Unternehmen wie Trafigura erhielten, trotz Verstößen gegen Menschenrechte und Umweltschutz. Unternehmen, die gegen diese Standards verstoßen, müssen konsequent von staatlicher Unterstützung ausgeschlossen werden.

10 Bergbauabfälle sicher managen

In Europa dürfen Bergbauhalden noch immer nach Verfahren errichtet werden, die aufgrund von Umwelt- und Menschenrechtskatastrophen in vielen Ländern, darunter Brasilien und Chile, verboten sind. Wenn die EU höchste ökologische Standards im Bergbau anwenden will, muss sie die von globalen Bergbau-Expert*innen, Wissenschaftler*innen und der Zivilgesellschaft entwickelten 'Safety First Guidelines' umsetzen und sich gleichzeitig dafür einsetzen, dass diese Richtlinien auch in anderen Ländern übernommen und konsequent eingehalten werden.

4

Fazit

Eine umfassende Rohstoffwende für eine gerechte Zukunft

Der globale Rohstoffhandel steht an einem Scheideweg: Die Abhängigkeit von importierten Primärrohstoffen, die fortschreitende Zerstörung von Umwelt und Lebensgrundlagen sowie soziale Ungleichheiten in Abbauregionen machen deutlich, dass ein Weiter-so keine Option ist. Eine nachhaltige Rohstoffpolitik muss auf die Reduktion des Primärrohstoffverbrauchs, den Ausbau der Kreislaufwirtschaft und die Einhaltung höchster menschenrechtlicher und ökologischer Standards setzen.

Dazu gehören transparente Handels- und Finanzierungspraktiken, die Abschaffung von Sonderklagerechten und die Förderung gerechter Partnerschaften, durch die

rohstoffreiche Länder politische und wirtschaftliche Spielräume erhalten. Deutschland hat als bedeutender Rohstoffimporteur und EU-Impulsgeber eine besondere Verantwortung, diese Ziele entschlossen voranzutreiben.

Mit einer ambitionierten Rohstoffwende, die Umwelt, Klima und globale Gerechtigkeit in den Fokus rückt, kann Deutschland nicht nur seiner Verantwortung gerecht werden, sondern auch eine führende Rolle in der Gestaltung einer zukunftsfähigen Weltwirtschaft einnehmen. Nur so kann der Rohstoffhandel nachhaltig und im Einklang mit planetaren Grenzen gestaltet werden.

Impressum

Herausgeber

PowerShift – Verein für eine ökologisch-
solidarische Energie- & Weltwirtschaft e.V.
Greifswalder Str. 4,
10405 Berlin
Tel.: +49 30 42805479
info@power-shift.de

<https://power-shift.de/impressum/>

Eingetragen beim Registergericht AG
Charlottenburg, VR 29859 B

<https://power-shift.de>

Autor*innen

Vanessa Fischer, Bettina Müller,
Michael Reckordt

Layout, Satz & Reinzeichnung

Christopher Freeman | conductdesign.com

Berlin, März 2025
© PowerShift e. V.

Förderhinweis

Dieses Projekt wurde gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Deutschen Bundestages.



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz



Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

PowerShift

Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e.V.

Unser Ziel ist eine ökologisch und sozial gerechtere Weltwirtschaft. Dafür setzen wir unsere Expertise in Handels-, Rohstoff- und Klimapolitik ein: Mit umfassenden Recherchen durchleuchten wir politische Prozesse, benennen die Probleme eines ungerechten globalen Wirtschaftssystems und entwickeln Handlungsalternativen. Um unsere Ziele zu erreichen, formulieren wir politische Forderungen, betreiben Informations- und Bildungsarbeit und schmieden starke Bündnisse – mit anderen Organisationen, sozialen Bewegungen und Bürger*innen. Gemeinsam mischen wir uns ein!

Wenn Sie über unsere Arbeit auf dem Laufenden bleiben wollen, dann abonnieren Sie unseren Newsletter: <https://power-shift.de/newsletter-bestellen/>

PowerShift